



Interviews

11. Juni 2024

Barbara Schmidt-Mattern im Gespräch mit Marina Weisband

Barbara Schmidt-Mattern: Über das Wahlverhalten von Jungwählerinnen und Wählern konnte ich kurz vor dieser Sendung mit Marina Weisband sprechen. Sie ist Publizistin und Autorin und beschäftigt sich vor allem mit politischer Bildung und Teilhabe und sie ist Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen.

Blicken wir auf die 16 bis 24jährigen. Plus elf Prozent Stimmenzuwachs in dieser Altersgruppe für die AfD. Frau Weisband, wie bewerten Sie dieses Ergebnis?

Marina Weisband: Dass Jugendliche gerade Kleinparteien wählen, ist nichts Ungewöhnliches. Das war in meinem eigenen politischen Aufwachsen auch so. Junge Leute achten mehr auf konkrete Themen, einzelne Wahlprogrammpunkte und nicht so sehr auf das eigene Herkunftsmilieu oder was die Familie traditionell gewählt hat bei der Wahlentscheidung. Insofern verwundert es nicht, dass da die klassischen Parteien nicht so gut abgeschnitten haben.

Es ist für mich schockierend einerseits der Verlust der Grünen, dass das Thema Umwelt- und Klimapolitik einfach nicht mehr in dem Maße zieht, und ich glaube, bei den Jugendlichen, denen das ganz, ganz wichtig ist, gibt es auch eine gewisse Enttäuschung von der Partei Die Grünen, die in Regierungsverantwortung aus deren Sicht nicht alle Schritte macht oder objektiv auch nicht alle Schritte unternimmt, um das Klima zu schützen, viel zu viele Kompromisse eingeht.

Auf der anderen Seite hat die AfD es geschafft, das Thema Angst sehr zu besetzen, und wir sehen, dass gerade junge Menschen gerade sehr stark Angst haben. Es ist eine Generation, die nicht in Aussicht hat, dass es ihnen besser gehen wird als ihren Eltern, sondern die starke Abstiegsängste hat, und die AfD hat es geschafft, sich populistisch auf diesen Zug zu setzen und vermeintlich diesen Ängsten begegnen zu wollen.

Schmidt-Mattern: Angst heißt im Grunde dann, dass auch die jungen Wählerinnen und Wähler aus Protest AfD gewählt haben, oder weil sie wirklich auch von den Angeboten der AfD überzeugt sind?

Weisband: Sie wählen nicht aus Protest AfD. Dass die AfD vor allem aus Protest gewählt wird, ist ein Märchen, das man sich immer noch hartnäckig erzählt. Die meisten Wähler*innen der AfD wählen sie, weil sie Punkte anspricht, dass es den Reichen zeigt und dass uns arme Menschen beschützt, was objektiv nicht stimmt, aber sie ist die einzige Partei, die das laut thematisiert und das als Thema für sich besetzt.

Schmidt-Mattern: Gehen denn junge Leute möglicherweise der AfD in bestimmten Parolen auf den Leim, weil sie sich nicht gut genug informieren?

Weisband: Junge Leute unterscheiden sich in ihrem Wahlverhalten, was die AfD betrifft, ja nicht besonders stark von den anderen Alterskohorten. Das heißt: Nein! Besonders junge Leute gehen der AfD nicht mehr auf den Leim als alle anderen. Aber ja, es ist sehr leicht, der AfD auf den Leim zu gehen, weil sie zwar faktisch viele Unwahrheiten sagt, aber eine emotionale Realität trifft, und die emotionale Realität ist, dass die Zeiten sich ändern und dass man Angst hat, und die AfD profitiert im Moment von dieser Angst und das übrige Parteispektrum macht für diese Realität keine Angebote, sondern ich erlebe die Kommunikation eher als „es ist okay, wir haben es unter Kontrolle, die Lage wird in Ordnung sein und wir machen doch schon ganz viel“. Wann immer ich politische Akteure konfrontiere mit „wir haben hier ein Problem und da ein Problem“, kommt „wir machen doch schon ganz viel“, und das räsoniert nicht mehr mit Menschen, die sich umsehen und sehen, oh, es brennt an ganz vielen Stellen.

Schmidt-Mattern: Müssen gerade die etablierten Parteien dann einen anderen Zugang finden zur jungen Wählerschaft, Stichwort TikTok, wo ja jetzt auch Parteien wie die SPD oder die CDU ihren Auftritt haben? Müsste es mehr in diese Richtung gehen?

Weisband: Ich habe schon sehr oft Parteien damit konfrontiert und auch kritisiert, dass sie nicht junge Menschen überhaupt als Wählergruppe ansprechen. Ich habe diese Kritik auch in einer öffentlichen Debatte gegenüber dem Bundespresseamt geäußert, dass die Regierung nicht an die Zielgruppe junge Leute kommuniziert, und da kam als Antwort, „aber wir sind jetzt auf TikTok und Instagram“. Und ich habe gesagt, „auf TikTok und Instagram zu sein, ist nicht mit jungen Leuten zu kommunizieren. Mit jungen Leuten zu kommunizieren ist, wir wissen, dass ihr gerade überlastet seid, wir sehen, dass ihr einsam seid, wir sehen, dass euch dritte Orte fehlen, wir sehen, dass ihr in einem Schulsystem seid, das euch überlastet mit Prüfungen, mit Abschlüssen, und dass ihr in eine ungewisse Zukunft seht, in der ihr befürchtet, keinen Job zu finden. Wir sehen eure Anliegen mit einer wachsenden Schere zwischen Arm und Reich, mit ausbleibender Gerechtigkeit und mit dem großen Einfluss von Lobby in Deutschland.“ Das wäre ehrliche Kommunikation mit dieser Zielgruppe und die kann nicht ersetzt werden durch „wir sind jetzt auf einer Plattform“, denn nur auf der Plattform zu sein heißt erstens nicht, dass man auch vom Algorithmus ausgespielt wird. Der weit verbreitetste Politiker auf TikTok ist Kraus von der AfD, der aber auch im Zusammenhang mit mehreren chinesischen Spionageskandalen steht auf einer chinesischen Plattform.

Schmidt-Mattern: Genau! Und geht das offenbar aber an der jungen Wählerschaft vorbei, wenn es dort jetzt so viele Zugewinne für die AfD gibt? Denn es ist ja nachgewiesen, dass sich junge Menschen vor allem auf TikTok heutzutage informieren.

Weisband: Ja, natürlich geht das an denen vorbei, weil erstens kriegen sie da aus erster Hand die Sachen von der AfD und damit auch gar nicht die Einordnung, und zweitens darf man sich keine Illusionen machen. Es ist nicht so, dass Jugendliche teilweise naiv über die rassistischen Ansichten der AfD sind, sondern dass sie sie deswegen wählen. Auch Jugendliche sind nicht gefeit vor rassistischen Ansichten und wir sollten uns eher überlegen, was haben zum Beispiel Ostdeutschland und junge Menschen gemeinsam. Beide stammen aus nichtdemokratischen Systemen, Ostdeutschland aus einer Diktatur und Jugendliche aus der Schule, wo sie auch keine Entscheidungen treffen dürfen, keine weitreichenden Entscheidungen, nicht reflektieren, nicht ihre eigene Umgebung gestalten. Und Menschen, die so sozialisiert sind, sind viel anfälliger für Populismus als Menschen, die es gewohnt sind, Notwendigkeiten zu verstehen, Kompromisse zu schließen, verschiedene Ansichten abzuwägen, kurzum in einer Demokratie leben.

Schmidt-Mattern: Nun könnte man auch sagen, gerade die junge Generation ist die Altersgruppe, die aber besondere Vorteile von der Europäischen Union hat, die Möglichkeit, in anderen Ländern studieren zu können durch Stipendien, die Reisefreiheit, die wirtschaftliche Prosperität. Vor allem Deutschland profitiert ja als Exportnation von der EU. Machen wir es uns da nicht ein bisschen einfach, wenn wir über den Kamm gekämmt sagen, die Jugend ist überlastet und ängstlich und deswegen wählt sie rechts?

Weisband: Mich macht das absolut fertig, dass bei dieser Europawahl die Parteien am besten abgeschnitten haben oder zu den Gewinnern gehören, die als einzige für innereuropäische Grenzkontrollen sind. Ich glaube aber, der Gedanke dahinter ist, man vergisst immer, dass es einen selbst betrifft. Man denkt, aha, die anderen, die Emigranten, die dürfen dann nicht frei durch Europa reisen, und man hat irgendwie nicht auf dem Schirm, dass es viel wahrscheinlicher ist, dass ich mal nach Holland will, als dass ich ein Problem daraus haben werde, dass ein Flüchtling sich nach Deutschland begibt. Aber das hat etwas mit der zielgerichteten Kommunikation zu tun. Wenn ich das produktiv angehe, konstruktiv, was können wir besser machen als politischer Betrieb, dann müssen Medien und politische Akteure viel klarer kommunizieren über das, was Politik für Auswirkungen hat, viel klarer auch über die eigenen Ziele, weil wofür die Parteien jeweils stehen, ist mir in diesem Wahlkampf jetzt nicht unbedingt klar geworden, aber auch einfach zuhören, viel mehr zuhören. Es gibt so wenig Rückkanäle, wo Jugend als Zielgruppe begriffen wird. Sie hat keine starke Lobby. Sie wurde in der Corona-Pandemie völlig einfach weggeschoben und das bleibt als Gefühl. Dieses weggestoßen fühlen, das führt, glaube ich, dann auch zu Wahlentscheidungen.

Schmidt-Mattern: Nun durften bei dieser Wahl erstmals junge Menschen ab 16 Jahren abstimmen, 16 und 17jährige auch nach einer entsprechenden Reform der Ampel-Koalition.

Weisband: Ja!

Schmidt-Mattern: Ist das ein Fehler gewesen?

Weisband: Nein, es ist trotzdem kein Fehler gewesen. Auch wenn ich mit dem Ergebnis von Demokratie nicht zufrieden bin, ist Demokratie immer noch kein Fehler. Es war vielmehr ein Fehler, dass das nicht viel früher passiert ist, und es ist vielmehr ein Fehler, dass Jugendlichen nicht mehr Gehör im politischen Diskurs geschenkt wird, dass ihre Bedürfnisse nicht stärker beachtet werden, und dass sie nicht mit einer größeren demokratischen Gewohnheit aufwachsen, schon von der Schule her, von der Kita her, von der Kommune her, weil sie unvorbereitet in so ein System geworfen werden. Und wenn ich ganz lange nichts ändern kann und dann plötzlich in diese Fähigkeit gebracht werde, dann habe ich nicht unbedingt die Fertigkeiten und auch nicht unbedingt die Motivation, mich wirklich zu beteiligen, weil ich Frust vermeiden wollte mein ganzes Leben und deshalb gelernt habe, mich gar nicht zu sehr einzumischen. Ich bin sehr, sehr froh, dass Jugendliche ab 16 wählen dürfen. Ich finde, das muss auch bei den Bundestagswahlen der Fall sein. Aber Demokratie muss gelernt werden und das passiert schrittweise.

Schmidt-Mattern: Sie gehören ja auch der Partei an, die diese Herabsetzung des Wahlalters mit durchgesetzt hat als Ampel-Koalition. Eine Nachfrage noch zur Kritik des deutschen Lehrerverbandes, der sich vor der Europawahl geäußert und auf die Jugendlichen verwiesen hat, die desinteressiert seien, die sich auch nicht auskennen würden mit Politik und die deswegen folglich nicht die politische Reife hätten zum Wählen. Muss man diesen Teil der Jugend nicht auch mit berücksichtigen, wenn man über das Wahlalter diskutiert?

Weisband: Erstens nein, denn die beste Hilfe dagegen ist ja, sie wählen zu lassen, damit sie überhaupt eine Motivation haben, sich mit Dingen auseinanderzusetzen, und damit sie die Gewohnheit kriegen, mitzubestimmen. Es ist ja total bescheuert zu sagen, mein Kind kann sich nicht vernünftig im Straßenverkehr verhalten, deswegen lasse ich es nicht auf die Straße, und es ist auch eine massive Selbstkritik des Lehrerverbandes, um ehrlich zu sein, wenn eure Jugendlichen mit 16 sich irgendwie kein Stück für Politik interessieren, dann solltet ihr vielleicht darüber nachdenken, wie die eigene politische Bildung ausgestaltet ist und wenn die keine Ahnung haben, denn die können doch nicht Menschen von der Politik

fernhalten, bis sie 18 sind, und sie fragen lassen, ob sie aufs Klo dürfen, und sie nur zu bestimmten Zeitpunkten essen lassen, nämlich in der großen Pause, und wenn sie 18 sind, sollen sie plötzlich über den politischen Kurs des Landes mitbestimmen. Das ist ein viel zu großer Sprung, so funktioniert Lernen überhaupt nicht. Menschen an Politik heranzuführen bedeutet auch, ihnen frühe Macht zu geben und früh Verantwortung zu geben, und dann gewöhnen sie sich schrittweise daran.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.